

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Kai Gehring, Annalena Baerbock, Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Uwe Kekeritz, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Doris Wagner, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Planungen der Bundesregierung für ein neues Russland- und Osteuropa-Institut

Bereits seit Jahren nimmt in Deutschland die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Osteuropa ab. Dies hing auch mit dem Ende des Kalten Krieges, dem damit verbundenen Rückgang der Vergleichenden Politikwissenschaft in diesem Bereich sowie der späteren Abnahme der Forschung zur Entwicklung der ehemaligen Sowjetrepubliken zusammen. Wissenschaftliche Studien über die östlichen Nachbarländer Deutschlands hängen viel zu sehr vom Engagement einzelner Forscherinnen und Forscher ab. In der Folge hat insbesondere die Expertise zu politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen und Dynamiken im postsowjetischen Raum stark nachgelassen.

Gleichzeitig waren und sind die Entwicklungen im postsowjetischen Raum für die Europäische Union (EU) und die Zukunft Europas von immenser Bedeutung. In vielen Ländern Osteuropas ist der demokratische Transformationsprozess nicht vollendet, unterbrochen oder von lokalen Eliten gezielt torpediert worden. Was dies für dauerhaften Frieden und Stabilität in Europa bedeutet, zeigt die gegenwärtige europäische Krise, die durch die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und den von Russland unter Präsident Wladimir Putin in der Ostukraine geführten Krieg ausgelöst wurde, besonders drastisch.

Nicht zuletzt in Reaktion auf die aktuellen Entwicklungen beabsichtigt die Bundesregierung, das Anliegen der Stärkung der wissenschaftlichen Osteuropa-Expertise zu unterstützen und ein „neues Russland- und Osteuropa-Institut“ ins Leben zu rufen (Reuters, 27. Januar 2015). Nur wenig ist über die derzeitigen Planungen bislang bekannt. Offen ist insbesondere, inwieweit der seitens der Bundesregierung verfolgte Ansatz dem Gedanken eines gemeinsamen europäischen Nachdenkens über die Entwicklungen in Osteuropa einschließlich Russlands Rechnung trägt. Deutschland trägt für die Überwindung der Spaltung Europas eine besondere historische Verantwortung und damit auch dafür, dass an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik unterschiedliche Sichtweisen und historische Erfahrungen der EU-Mitgliedstaaten mit den östlichen Nachbarn in eine „europäische“ Osteuropawissenschaft integriert werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was sind nach Auffassung der Bundesregierung zentrale Defizite und Herausforderungen der Osteuropaforschung in Deutschland und in der EU?
2. Welchen Beitrag soll das angedachte Deutsche Institut für Osteuropaforschung aus Sicht der Bundesregierung hierbei leisten?
3. Was soll aus Sicht der Bundesregierung Aufgabe des Instituts sein?
4. Welchen Regionen, Ländern und Binnenstrukturen oder Lokalräumen und welchen Querschnittsthemen soll sich das Institut nach Ansicht der Bundesregierung vorrangig widmen?
5. Wie wird dem Gedanken eines gemeinsamen europäischen Nachdenkens über Osteuropa einschließlich Russlands in der Konzeption des Instituts Rechnung getragen?
6. Welcher Stellenwert wird fest verankerten Kooperationsstrukturen mit einschlägigen, zur Region Osteuropa arbeitenden Instituten und Think Tanks in EU-Mitgliedstaaten (wie es sie z. B. in Polen, Finnland, Bulgarien etc. gibt) eingeräumt, und in welcher Form soll konkret eine Kooperation stattfinden?
7. Beabsichtigt die Bundesregierung, sich besonders darum zu bemühen, führende Positionen im neuen Institut auch mit qualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem europäischen Ausland zu besetzen?
8. Ist die Einrichtung dauerhafter intereuropäischer Forschungsgruppen geplant, und wenn ja, auf welchen Wegen soll dies geschehen?
9. Hat sich die Bundesregierung anlässlich der Planungen für das Institut mit zur Region Osteuropa arbeitenden Instituten und Think Tanks in EU-Mitgliedstaaten – wie z. B. dem polnischen Centre for Eastern Studies (OSW), dem Finnish Institute of International Affairs oder dem bulgarischen Centre for Liberal Strategies (CLS) – ausgetauscht?
10. In welcher Sprache sollen Publikationen des Instituts vorrangig veröffentlicht werden?
11. Welche Art von analytischen Publikationen sollte das geplante Institut nach Auffassung der Bundesregierung vorrangig herausgeben (zeitnahe Analysen und Experten/Expertinnen-Kommentare zum aktuellen politischen Tagesgeschehen in der Region, Policy-Papers, Detail- und Langzeitstudien, andere Publikationsformate)?
12. Sollen die unterschiedlichen Publikationen einer breiten europäischen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden?
13. Beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Planungen, das regelmäßige Erscheinen der Publikationsreihe „Länder-Analysen“ in ihrer bestehenden Bandbreite sicherzustellen und auf eine auch mittel- bis langfristig gesicherte finanzielle Grundlage zu stellen?
14. Welche Institutionen sind vonseiten der Bundesregierung an den Planungen für ein Deutsches Institut für Osteuropaforschung beteiligt?
15. Wann soll das Institut seine Arbeit aufnehmen?
16. In welchem Rechtsrahmen soll das Institut verankert werden?
17. In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag mit der Gründung des Instituts zu befassen?
18. Welche Überlegungen oder Festlegungen gibt es zum Standort des Instituts?

19. Auf welche Weise soll sich das geplante Institut der Nachwuchsförderung widmen?
20. In welchem Umfang und mit welchem Bestimmungszweck (Personalkosten, Sachkosten, sonstige Kosten) werden finanzielle Mittel für das Institut bereitgestellt werden?
21. Wie viele Stellen sollen nach derzeitiger Planung am neuen Institut eingerichtet werden (bitte nach Stellen im Forschungsbereich, in der Verwaltung, sonstigen Stellen aufschlüsseln)?
22. Wie erfolgt die Auswahl der Institutsleiterin bzw. des Institutsleiters?
23. Inwiefern, und wenn ja, in welchem Umfang ist eine Finanzierung des Instituts und seiner Forschungsvorhaben durch Drittmittel angedacht?
24. Wer kommt nach Ansicht der Bundesregierung als Drittmittelgeber infrage, und wie soll sichergestellt werden, dass etwaige Drittmittelprojekte nicht im Widerspruch zur wissenschaftlichen oder normativen Zielsetzung des Instituts stehen?
25. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass auch nach der Gründungsphase eine der angestrebten internationalen Reputation angemessene Finanzierung des Instituts zur Verfügung steht?
26. Wie sind bestehende Forschungseinrichtungen und Fachorganisationen, wie die Stiftung Wissenschaft und Politik, die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V., die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., das Deutsche Polen Institut (DPI) oder universitäre Lehrstühle mit Fokus Osteuropa, in die Planungen der Bundesregierung für das neue Institut einbezogen worden?
27. Inwiefern ist eine Kooperation mit den entsprechenden Lehrstühlen und Fakultäten an deutschen Hochschulen vorgesehen?
28. Wie soll das Verhältnis zwischen neuem Institut und in Deutschland bereits bestehenden, zur Region Osteuropa arbeitenden Forschungseinrichtungen gestaltet werden, und wie konkret will die Bundesregierung sicherstellen, dass sich die Institutionen produktiv ergänzen?
29. Beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Planungen zur Stärkung der Osteuropa-Kompetenz, bestehende Forschungseinrichtungen ggf. in Zusammenarbeit mit den Ländern mit mehr Mitteln auszustatten?
30. Kann die Bundesregierung ausschließen, in den nächsten Jahren anderen bestehenden Institutionen Mittel zu kürzen oder ihnen personelle Kapazitäten – aufgrund der Mittelzuwendungen für das neue Russland- und Osteuropa-Institut – zu entziehen?
31. Worin soll sich die Arbeit des neuen Instituts inhaltlich von den bestehenden Forschungseinrichtungen unterscheiden?
32. Wird durch die Finanzierung des neuen Instituts die Finanzierung anderer länderspezifischer Forschungseinrichtungen beeinträchtigt?
33. Wird die Bundesregierung über das Jahr 2016 hinaus seinen Anteil an der Finanzierung des DPI fortsetzen und sich dafür einsetzen, dass sich auch die Länder über das Jahr 2016 hinaus an der Finanzierung des DPI beteiligen?

Berlin, den 7. Mai 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

